



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Pilotphase für Europäisches Freiwilligenkorps gestartet](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

- [Kommission fordert von 10 Mitgliedstaaten die Einhaltung der Vorschriften zur Beschaffung umweltfreundlicher Fahrzeuge](#) 4
- [Konsultation zum Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU](#) 5
- [EU-Kommission will Normung verbessern](#) 6
- [Qualität der Badegewässer in der EU erfüllen Mindestanforderungen](#) 7
- [EU-Kommission stellt Maßnahmenpaket zur Korruptionsbekämpfung vor](#) 9

Europäisches Parlament

- [Verordnung zu „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ angenommen](#) 11
- [Für bessere Wasserqualität: Verbot von Phosphaten in Reinigungsmitteln](#) 12

Sonstiges

- [Erasmus – neue Rekordzahl](#) 13

Vertretung der Europaregion
Tirol-Südtirol-Trentino
bei der EU

Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu



Thema der Woche

Pilotphase für Europäisches Freiwilligenkorps gestartet

Der Aufbau des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe ist einen großen Schritt vorangekommen: In Budapest wurde auf einer Konferenz unter der Schirmherrschaft der EU-Kommission und der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft die Pilotphase für die Schaffung dieses Freiwilligenkorps gestartet.

Vorbereitung des ersten Teams europäischer Freiwilliger für humanitäre Hilfe

Geleitet von der im Lissabonner Vertrag skizzierten Vision für das Freiwilligenkorps und gestützt auf eine eingehende Prüfung bestehender

geschult. Auf diese Weise soll dem Freiwilligenkorps als Ganzes und jedem einzelnen seiner Mitglieder der richtige Mix an Kompetenzen vermittelt werden, der es ihnen gestattet, lokalen Gemeinschaften in humanitären Gefahrensituationen wirksam zu helfen und dabei die Kapazitäten dieser

Die Kommissarin für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion, Kristalina Georgieva, erklärte hierzu: „Dank der Pilotprojekte werden wir einen klaren Plan für das weitere Vorgehen ausarbeiten können. Wir verfolgen zwei Ziele: erstens wollen wir europäischen Bürgerinnen und Bürgern eine Gelegenheit bieten, durch ihren Einsatz wirklich etwas für die Weltgemeinschaft zu leisten, und zweitens wollen wir der individuellen Einsatzbereitschaft im humanitären Bereich auch eine kollektive Dimension verschaffen. Ich freue mich sehr, dass die Solidarität der europäischen Bürgerinnen und Bürger mit den bedürftigsten Gruppen nun ihre ersten Botschafter haben wird: unser Freiwilligenkorps.“

Freiwilligensysteme, hat die EU-Kommission die Empfehlungen der verschiedenen Akteure aufgegriffen und beginnt nun mit der praktischen Umsetzung der Initiative: Die Mitglieder des ersten Teams europäischer Freiwilliger für humanitäre Hilfe werden ausgewählt, ausgebildet und auf ihren Einsatz in Drittländern vorbereitet. In der Pilotphase wird das erste Team der europäischen Freiwilligen umfassend

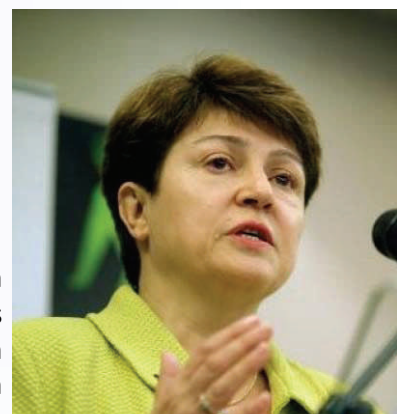
Gemeinschaften zu stärken. Zu einem späteren Zeitpunkt im Laufe des Jahres werden die Freiwilligen im Rahmen von drei Pilotprojekten beginnen, in Drittländern zu arbeiten.

Ergänzung zur Arbeit der NRO

In den Pilotprojekten sollen die Ideen und Konzepte erprobt werden, die aus den öffentlichen Konsultationen

In Kürze

Unter der Schirmherrschaft der EU-Kommission und der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft wurde die Pilotphase für die Schaffung dieses Freiwilligenkorps gestartet. Der Europäische Freiwilligenkorps soll Nichtregierungsorganisationen bei ihrer Arbeit unterstützen und eine Bereicherung für die humanitäre Hilfe darstellen.



EU-Kommissarin
Kristalina Georgieva



hervorgegangen sind: Wie können europäische Freiwillige am besten die Arbeit der Nichtregierungsorganisationen (NRO) ergänzen und ganz konkret Vorteile für die Menschen erzielen, die weltweit auf die Solidarität Europas angewiesen sind? Die Sicherheitsfrage und die Auswahl der Rahmenbedingungen, unter denen die Freiwilligen eingesetzt werden sollen, hatten bei der Gestaltung der Pilotprojekte oberste Priorität. Auch für das künftige Europäische Freiwilligenkorps nach Abschluss der Pilotphase steht Sicherheit an erster Stelle.

Wie geht es weiter? Öffentliche Konsultationen weisen den Weg

In zwei Runden öffentlicher Konsultationen hat die EU-Kommission wertvolle Beiträge von über hundert Akteuren und im Bereich der humanitären Hilfe beruflich tätigen Gruppen erhalten. Über 80 % der Teilnehmer an den Konsultationen meinten, das Freiwilligenkorps werde eine Bereicherung für die humanitäre Hilfe darstellen. Ferner könnten die europäischen Freiwilligen den Konsultationsteilnehmern zufolge beim Aufbau lokaler Kapazitäten, mit Unterstützungsaufgaben und dem Einsatz neuer Instrumente wie „online volunteering“ – Freiwilligenarbeit unter Zuhilfenahme der technischen Möglichkeiten des Internets – am meisten bewirken. Die Konsultationsteilnehmer setzen großes Vertrauen in das hohe Potenzial des künftigen Freiwilligenkorps, den Professionalismus und die Sicherheit der Freiwilligen wie auch die Koordinierung und Kohärenz der humanitären Hilfe zu verbessern.

Die nächsten Schritte

In den Pilotprojekten werden verschiedene Optionen für die Arbeitsweise und die Ausrichtung der Tätigkeiten des Freiwilligenkorps erprobt – die besten werden dann für die Einrichtung des Freiwilligenkorps in seiner endgültigen Form ausgewählt. Auf der Grundlage der Pilotversuche und in Übereinstimmung mit dem im Lissabonner Vertrag verankerten Auftrag wird EU-Kommissarin Georgieva 2012 EU-Rechtsvorschriften vorschlagen, in denen die Struktur des künftigen Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe und seine Rolle im Gefüge der humanitären Hilfe festgelegt wird.



Humanitäre Hilfe der EU-Kommission [hier](#)





Neues aus den Institutionen

Europäische Kommission

Kommission fordert von 10 Mitgliedstaaten die Einhaltung der Vorschriften zur Beschaffung umweltfreundlicher Fahrzeuge

Die EU-Kommission hat heute Österreich, Slowenien, die Slowakei, Schweden, das Vereinigte Königreich und weitere Mitgliedstaaten aufgefordert, eine Richtlinie zur Förderung umweltfreundlicher und energieeffizienter Fahrzeuge entsprechend ihren Verpflichtungen nach dem EU-Recht umzusetzen. Die Umsetzung der Richtlinie musste bis zum 4. Dezember 2010 erfolgen.

Anschaffung von Fahrzeugen für den öffentlichen Verkehrsdienst

Nach der [Richtlinie 2009/33](#) soll der öffentliche Sektor seine Kaufkraft dazu einsetzen, saubere und energieeffiziente Fahrzeuge zu fördern. Bei jeder Anschaffung eines Fahrzeugs für öffentliche Verkehrsdienste müssen die Behörden dem Energieverbrauch, den CO₂-Emissionen und dem Schadstoffausstoß über die gesamte Fahrzeuglebensdauer Rechnung tragen. So werden die über den Lebenszyklus von Fahrzeugen anfallenden tatsächlichen Kosten von vornherein in den Beschaffungsprozess einbezogen, wodurch sich ein relativer Vorteil (geringere Gesamtlebensdauerkosten) für Fahrzeuge ergibt, die weniger Energie verbrauchen und weniger Schadstoffe ausstoßen. Die Verpflichtung erstreckt sich auf sämtliche Anschaffungen von Straßenfahrzeugen durch Behörden oder Verkehrsunternehmen, die aufgrund von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen Beförderungsdienste erbringen.

Vorteile

Durch die Richtlinie sollen dem Markt Impulse für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge gegeben und die Industrie zu

entsprechenden Entwicklungs- und Investitionstätigkeiten veranlasst werden. Ein verstärkter Absatz solcher Fahrzeuge führt aufgrund von Größenvorteilen zu einem Rückgang der Kosten, so dass Verbrauchsfreundlichkeit und Umweltverträglichkeit der gesamten Fahrzeugflotte schrittweise verbessert werden.

Praktische Folgen einer unzureichenden Umsetzung

Wird die Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt, so sind Behörden und öffentliche Stellen in den betreffenden Mitgliedstaaten eventuell nicht verpflichtet, saubere und energieeffiziente Fahrzeuge anzuschaffen. Dadurch würden Verbesserungen der Energie- und Umweltbilanz der Fahrzeugparks in der EU gebremst.

EU-Vertragsverletzungsverfahren

Die Aufforderung erging in Form einer „mit Gründen versehenen Stellungnahme“ im Rahmen eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens. Sollten die betreffenden Mitgliedstaaten der EU-

In Kürze

Österreich und andere Mitgliedstaaten wurden von der EU-Kommission aufgefordert, die Richtlinie zur Förderung umweltfreundlicher und energieeffizienter Fahrzeuge gemäß ihren Verpflichtungen aus dem EU-Recht umzusetzen. Damit soll die Verbrauchsfreundlichkeit sowie die Umweltverträglichkeit der gesamten Fahrzeugflotte verbessert werden.





Kommission in den kommenden zwei Monaten keine Maßnahmen mitteilen, die sie in dieser Angelegenheit zur Einhaltung des EU-Rechts ergriffen haben, kann die EU-Kommission den EU-Gerichtshof anrufen.

Konsultation zum Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU

Die EU-Kommission hat eine Konsultation zum Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU eingeleitet. Zurzeit macht dieser Markt 1.800 Milliarden Euro aus. Mit neuen Rechtsvorschriften soll der Zugang zu öffentlichen Beschaffungsmärkten außerhalb der EU festgelegt werden.

Regelungen für das öffentliche Auftragswesen

Die Regeln für das öffentliche Auftragswesen bestimmen, wie Behörden öffentliche Gelder beim Kauf von Waren oder Bau- und Dienstleistungen auf dem freien Markt ausgeben. Solide Regeln verhindern die Begünstigung eines bestimmten Wirtschaftsträgers durch Regierungen und gewährleisten einen gesunden Wettbewerb zwischen den Marktteilnehmern. Dadurch können die Regierungen das Geld der Steuerzahler für die Waren und Leistungen mit dem günstigsten Preis-Leistungsverhältnis einsetzen.

Online-Fragebogen zum Thema Zugang zu öffentliche Beschaffungsmärkte der EU

Die EU-Kommission konsultiert interessierte Kreise in allen EU-Mitgliedstaaten zu ihren Ansichten über eine neue Politik zum Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten der EU, wie dies in der Binnenmarktakte vom April 2011 angekündigt worden ist. Ein Online-Fragebogen wurde bis zum 02. August 2011 freigeschaltet. Die Antworten werden zu einem späteren Zeitpunkt in diesem Jahr in Rechtsvorschriften zu diesem Thema einfließen.

Ziel der Konsultation

Ziel dabei ist es, eine stärkere Verhandlungsposition für die Aushandlung des Zugangs zu den Beschaffungsmärkten anderer Handelspartner zu erhalten. Dies dürfte EU-Unternehmen dabei helfen, Geschäftsmöglichkeiten auszubauen, wie dies in der neuen im November 2010 vorgelegten Handelsstrategie der EU „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“ dargelegt ist.

Daneben sollen mit den Rechtsvorschriften eindeutige Regeln für den Zugang zu öffentlichen Aufträgen aus der EU für Anbieter außerhalb der EU festgelegt werden. Zurzeit macht dieser Markt 1 800 Mrd. EUR aus. Dadurch dürfte sowohl für die Behörden in der EU, die Waren und Dienstleistungen benötigen, als auch für die voraussichtlichen internationalen Anbieter mehr Rechtssicherheit entstehen.

Zur Konsultation (en) [hier](#)
EU-Kommission für Handel (en) [hier](#)

In Kürze

Die EU-Kommission hat eine Konsultation zum Zugang zu öffentlichen Beschaffungsmärkten eingeleitet, die darauf abzielt, Regelungen zu schaffen, um eine stärkere Verhandlungsposition für die Aushandlung des Zugangs zu den Beschaffungsmärkten anderer Handelspartner zu erhalten und neue Geschäftsmöglichkeiten für EU-Unternehmer zu schaffen. Behörden, Unternehmer und die Zivilgesellschaft haben bis zum 02. August die Möglichkeit, ihre Ansichten in Form eines Online-Fragebogens der EU-Kommission mitzuteilen, die in die neuen Rechtsvorschriften einfließen sollen.





EU-Kommission will Normung verbessern

Eine gute Norm kann das Leben der Verbraucher vereinfachen, die Nachhaltigkeit fördern, die europäische Wettbewerbsfähigkeit steigern und die führende Position einer Technologie auf den Weltmärkten festigen. Deshalb hat die EU-Kommission eine Reihe legislativer und nicht legislativer Maßnahmen vorgeschlagen, die eine größere Zahl von Normen mit einer kürzeren Entwicklungszeit bewirken sollen.

Was sind Normen?

Normen sind freiwillige technische und qualitätsbezogene Kriterien für Produkte, Dienstleistungen und Produktionsverfahren. Niemand ist zu ihrer Nutzung oder Anwendung verpflichtet, sie sind jedoch hilfreich für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und bringen den Verbrauchern günstigere Preise. Bislang

Europa und zur Umsetzung ihrer Erklärungen in den Leitinitiativen im Rahmen der Europa 2020-Strategie über die Industriepolitik, die Innovationsunion, die Digitale Agenda und die Binnenmarktakte eingeleitet:

- Europa wird auf eine **größere Zahl internationaler Normen** in denjenigen Wirtschaftszweigen hinwirken, in denen

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Antonio Tajani, zuständig für Industrie und Unternehmertum, erklärte: „Um erfolgreich zu sein, muss Europa Lösungen für eine schnelle Innovation, die Nachhaltigkeit, die Konvergenz von Technologien und den harten globalen Wettbewerb finden. Ein dynamisches europäisches Normungssystem ist von wesentlicher Bedeutung, um Qualität und Innovation voranzubringen und Europas Rolle als weltweiter Wirtschaftsakteur zu stärken. Darüber hinaus machen es Normen möglich, dass wir alle nachhaltige Produkte von bester Qualität zu einem günstigeren Preis erwerben können. Die Normung ist auch Kernvoraussetzung für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes.“

brauchte die Entwicklung einer Europäischen Norm jedoch mehrere Jahre, so dass manche Normen den sich rasch weiterentwickelnden Technologien viel zu weit hinterherhinkten. Demnach zeigte sich in bestimmten Wirtschaftszweigen wenig Neigung zur Beteiligung an Normungsarbeiten oder auch die mangelnde Gelegenheit, von der positiven Wirkung von Normen zu profitieren. Mit dem vorgelegten Maßnahmenpaket soll sich dies nun ändern.

Schritte zur Stärkung des Normungssystems in Europa

Die EU-Kommission hat folgende Schritte zur Stärkung des Normungssystems in

Europa weltweit führend ist.

- Es sollen **mehr marktorientierte Europäische Normen für Dienstleistungen** entwickelt werden, die den Unternehmen wirtschaftliche Vorteile bieten werden.
- Es soll schnell und auf unkomplizierte Weise möglich sein, die zunehmend wichtigen **IKT-Normen** zu ermitteln, die von weltweit tätigen IKT-Normungsorganisationen entwickelt werden, etwa Normen für das Internet oder Normen, die im Rahmen des öffentlichen Auftragswesens und zur Unterstützung der politischen Maßnahmen und der Rechtsvorschriften der EU verwendet werden können.

In Kürze

Im Zeitalter eines immer stärker werdenden globalen Wettbewerbs hängt die europäische Wettbewerbsfähigkeit von unserer Fähigkeit ab, Innovationen bei Produkten, Dienstleistungen und Verfahren zu fördern und das Potenzial des Binnenmarktes voll auszuschöpfen. Mit den Europäischen Normen sollen insbesondere die Interessen der Verbraucher, der kleinen Unternehmen, der Umwelt und der Gesellschaft gestärkt werden.

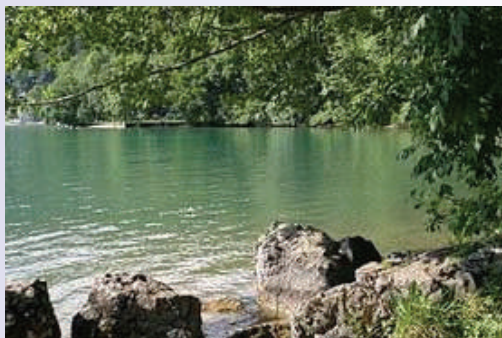


EU-Kommissar
Antonio Tajani

- Die EU-Kommission wird **ihre Zusammenarbeit mit den führenden Normungsorganisationen in Europa** (CEN, CENELEC und ETSI) **intensivieren**, so dass Normen rascher zur Verfügung stehen werden. Unternehmen, die diese Normen verwenden, können eine höhere Kompatibilität ihrer Produkte mit anderen Produkten erreichen, so dass die Verbraucher eine größere Auswahl zu einem niedrigeren Preis haben.
- **Europäische Normen** werden mit der Hilfe von Organisationen ausgearbeitet werden, die diejenigen Interessen vertreten, die am stärksten betroffen sind, nämlich die der Verbraucher, der kleinen Unternehmen, der Umwelt und der Gesellschaft.

Die neue Norm für ein universelles Ladegerät für alle Mobiltelefonmodelle ist ein perfektes Beispiel für den enormen Nutzen der Europäischen Normen in unserem Alltag.

Zur *EU-Kommission für Unternehmen und Industrie, Europäische Normen/ Europäische Normungspolitik* [hier](#)
 Vorschlag für eine Verordnung (en) [hier](#)
 Mitteilung der EU-Kommission (en) [hier](#)



Qualität der Badegewässer in der EU erfüllen Mindestanforderungen

Die Qualität der Badegewässer in der EU hat zwischen 2009 und 2010 zwar leicht nachgelassen, war aber weiterhin gut. Mehr als 9 von 10 Badegewässern entsprechen gegenwärtig den Mindestanforderungen. Hierbei schnitt Zypern am besten ab: Dort erreichten 100 % aller Badegewässer die strengen Leitwerte. Es folgen Kroatien (97,3 %), Malta (95,4 %), Griechenland (94,2 %) und Irland (90,1 %).

Jährlicher Bericht der EU-Umweltagentur

Die Ergebnisse über die Qualität der Badegewässer finden sich in dem jährlich erscheinenden Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) und der EU-Kommission über die Qualität der Badegewässer, in dem die Wasserqualität von Badeplätzen an mehr als 21.000 Küsten- und Binnengewässern in der EU-27 miteinander verglichen wird. Die EU-Kommission hat neue Zeichen und Symbole zur Information der Öffentlichkeit über die Einstufung des jeweiligen Gewässers und entsprechende Einschränkungen eingeführt. Der Bericht gibt einen umfassenden Überblick über die Qualität der Badegewässer der Badesaison 2010 in den EU-Mitgliedstaaten, damit die Badegäste

diejenigen Gebiete finden, in denen die Wasserqualität auch 2011 gut sein dürfte. Außerdem wird aufgezeigt, wie sich die Badegewässerqualität seit 1990 entwickelt hat. Bei dieser Analyse wurden die Daten von mehr als 21.000 ausgewiesenen Badegewässern in der gesamten EU zusammengetragen; davon sind etwa 70 % Küstengewässer und der Rest Binnengewässer. Die Gewässer werden eingeteilt in solche, die die zwingenden Werte erfüllen, solche die die strengeren Leitwerte erfüllen, sowie solche, die die zwingenden Werte nicht erfüllen.



In Kürze

Die Badegewässer in Europa müssen den Normen der 2006 erlassenen [Badegewässer-Richtlinie](#) entsprechen, mit der die früheren Vorschriften überarbeitet und vereinfacht wurden. Die Richtlinie musste bis März 2008 in nationales Recht umgesetzt werden, wobei die Mitgliedstaaten noch bis Dezember 2014 Zeit haben, um sie durchzuführen. In der Badesaison 2010 haben 20 Mitgliedstaaten ihre Badegewässerqualität anhand der neuen Bestimmungen überwacht und gemeldet. Mit dem „Wasserinformationssystem für Europa (WISE)“ können sich die EU-Bürger über die Wasserqualität ihres Badegebiets informieren.



Hierzu erklärte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik: „Ich freue mich, dass die Qualität der europäischen Badegewässer weiterhin gut ist, auch wenn noch Verbesserungsbedarf besteht. Sauberes Wasser ist von unschätzbarem Wert und keineswegs selbstverständlich. Ich möchte die Mitgliedstaaten auffordern dafür zu sorgen, dass der geringfügige Abwärtstrend vom vergangenen Jahr wieder in eine Verbesserung umgekehrt wird.“

Insgesamt gute Badegewässerqualität trotz unterschiedlicher Ergebnisse im Jahr 2010

Im Jahr 2010 entsprachen 92,1 % der europäischen Küstenbadegewässer und 90,2 % der Binnenbadegewässer den Mindestqualitätsstandards. Nur 1,2 % der Küstengewässer und 2,8 % der Binnengewässer erfüllten die zwingenden Werte nicht. Die übrigen Gewässer konnten mangels ausreichender Daten nicht eingestuft werden. An der Küste hat sich die Badegewässerqualität zwischen 2009 und 2010 allgemein verschlechtert: Die Zahl der Gewässer, die den zwingenden Werten entsprachen, ging um 3,5 % und die Zahl derer, die den Leitwerten entsprachen, um 9,5 % zurück. Auch im Binnenland hat die Wasserqualität nachgelassen. Die Zahl der Flüsse und Seen, bei denen die Leitwerte erreicht wurden, nahm um 10,2 % ab, wogegen die Zahl derer, die den

zwingenden Werten entsprachen, beinahe unverändert blieb. Besonders problematisch waren die Flüsse: Hier erreichten nur 25 % der Badegewässer die Leitwerte.

Zum Jahresbericht 2010:  [hier](#)

Zum Bericht über die Qualität der Badegewässer von 2011 mit Daten und Karten [hier](#)

Zur Website der EU-Kommission zu den Badegewässern: [hier](#)



EU-Kommissar
Janez Potočnik

Frau Prof. Jacqueline McGlade, Leiterin der Europäischen Umweltagentur, ergänzte: „Saubere Badegewässer sind für die EU-Bürger sehr wichtig, und die vorliegenden Informationen geben ihnen die Möglichkeit, die beste Wasserqualität in Seen, Flüssen und an der Küste einzufordern. Die Einbeziehung der Öffentlichkeit ist für eine ständige Überwachung der europäischen Badegewässer unverzichtbar, zumal sich die Auswirkungen des Klimawandels immer stärker bemerkbar machen.“



Prof. Jacqueline McGlade



EU-Kommission stellt Maßnahmenpaket zur Korruptionsbekämpfung vor

Die EU-Kommission hat ein Maßnahmenpaket zur Korruptionsbekämpfung vorgelegt, durch das entschlossener gegen den schweren Schaden vorgegangen werden soll, den die Korruption auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet in der EU verursacht.

Bekämpfung der Korruption durch festen politischen Willen

Vier von fünf EU-BürgerInnen sind der Meinung, die Korruption sei ein großes Problem in ihrem Mitgliedstaat. Schätzungen zufolge kostet die Korruption der EU-Wirtschaft jedes Jahr 120 Milliarden Euro. Dies entspricht 1 % des BIP der EU und ist somit nur geringfügig niedriger als der gesamte Jahreshaushalt der EU. Daraus wird deutlich, dass es eines festen politischen Willens zur Bekämpfung von Korruption bedarf.

Korruptionsbekämpfungsbericht

Einen ersten Schritt zur Verwirklichung dieses Zieles hat die EU-Kommission mit der Einführung eines neuen Mechanismus gemacht: Durch den „Korruptionsbekämpfungsbericht der EU“ sollen die Anstrengungen, die die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Korruption unternehmen, regelmäßig überwacht und bewertet werden, und es sollen Anreize für ein größeres politisches Engagement auf diesem Gebiet gegeben werden. Die Mitgliedstaaten sollen auf diese Weise dabei unterstützt werden,

„Die Bekämpfung der Korruption sollte absolute Priorität genießen. Es gibt zwar ausführliche Rechtsrahmen auf internationaler und auf europäischer Ebene, aber es hat sich gezeigt, dass ihre Umsetzung in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist. Ich schließe daraus, dass es den Politikern und Entscheidungsträgern am nötigen Willen zur Bekämpfung dieser Kriminalitätsform mangelt. Der Korruptionsbekämpfungsbericht der EU kann ein klares Bild der Korruptionsbekämpfungsanstrengungen und ihrer Ergebnisse zeichnen und Mängel und Schwachpunkte in den 27 Mitgliedstaaten aufzeigen und auf diese Weise die politische Bereitschaft zum Handeln fördern. Gleichzeitig sollten wir dafür Sorge tragen, dass in allen relevanten Politikbereichen der EU stärkeres Gewicht auf die Korruptionsbekämpfung gelegt wird. Um gegen die Korruption erfolgreich zu sein, bedarf es eines kontinuierlichen Vorgehens, und die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen sind nur ein Teil einer umfassenden Antwort auf die Herausforderungen, die die Korruption an die Gesellschaft stellt. Ich nehme diese Herausforderungen sehr ernst. Deshalb werde ich in den nächsten Jahren weitere Maßnahmen auf diesem Gebiet vorschlagen, beispielsweise neue Vorschriften über die Einziehung von Vermögen aus Straftaten, einen Aktionsplan zur Verbesserung der Kriminalitätsstatistiken und eine Strategie zur Verbesserung strafrechtlicher Finanzermittlungen in den Mitgliedstaaten“, so Cecilia Malmström, EU-Kommissarin für Inneres.

In Kürze

Die EU-Kommission hat ein Paket zur Korruptionsbekämpfung vorgelegt, in dem Maßnahmen vorgeschlagen werden, um die Korruptionsbekämpfung in den Mitgliedstaaten zu bewerten und zu behebende Mängel aufzuzeigen. Der Korruptionsbericht wird beginnend mit 2013 alle zwei Jahre veröffentlicht. Noch in diesem Jahr soll ein Aktionsplan zur Verbesserung der Verbrechenstatistiken und eine Strategie zur Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichteten Betrugsdelikte angenommen werden.



EU-Kommissarin
Cecilia Malmström



einschlägige Rechtsvorschriften besser durchzusetzen, ihren internationalen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen und ihre Korruptionsbekämpfungsstrategien und –maßnahmen besser aufeinander abzustimmen.

Korruption - Schaden der EU und aller Mitgliedstaaten

Die Korruption unterscheidet sich zwar in Art und Umfang von Land zu Land, schadet aber allen EU-Mitgliedstaaten und der EU als Ganzem. Sie führt zu geringeren Investitionen, behindert das Funktionieren des Binnenmarkts und schmälert die öffentlichen Finanzen. Jeder derartige Machtmissbrauch zur Erlangung privater Vorteile – sei es in Form von politischer Korruption, korrupten Handlungen von bzw. mit Hilfe von kriminellen Vereinigungen, Korruption im privaten Bereich oder aber Kleinkorruption – ist nicht hinnehmbar und kann schwer wiegende Auswirkungen haben.

Maßnahmen in der Korruptionsbekämpfung

Kernpunkt der Initiativen ist die Einführung eines neuen Evaluierungsmechanismus zur Bewertung der Korruptionsbekämpfungsanstrengungen in der EU: Der „Korruptionsbekämpfungsbericht der EU“ soll Entwicklungstrends und zu behebbende Mängel aufzeigen sowie zum Voneinander-Lernen und zum Austausch bewährter Praktiken anregen. Er wird alle zwei Jahre veröffentlicht werden (erstmalig im Jahr 2013) und sich auf unterschiedliche Informationsquellen gründen, wie die bestehenden Überwachungsmechanismen des Europarats. Parallel dazu sollte die EU Verhandlungen über ihre Mitwirkung in der Europarats-Gruppe der Staaten gegen Korruption (GRECO) aufnehmen, um

Synergieeffekte zwischen den beiden Mechanismen zu schaffen.

Weitere Schritte

Die EU-Kommission wird im Anschluss an die Initiative im weiteren Verlauf dieses Jahres aktualisierte EU-Vorschriften über die Einziehung von Erträgen aus Straftaten vorschlagen und im Jahr 2012 eine Strategie zur Verbesserung strafrechtlicher Finanzermittlungen in den Mitgliedstaaten vorstellen und im Jahr 2011 einen Aktionsplan zur Verbesserung der Verbrechenstatistiken annehmen. Sie wird ferner mit EU-Agenturen wie Europol, Eurojust und der Europäischen Polizeiakademie (CEPOL) sowie mit dem OLAF zusammenarbeiten, um die justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit auszuweiten und die Schulung von Mitarbeitern der Strafverfolgungsbehörden zu verbessern. Auch wird sie weiter an der Erstellung modernisierter EU-Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen sowie für Rechnungslegungsstandards und gesetzliche Abschlussprüfungen für EU-Unternehmen arbeiten. Im Jahr 2011 soll eine Strategie zur Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichteten Betrugsdelikten angenommen werden.

*Zur Mitteilung der EU-Kommission zur Korruptionsbekämpfung in der EU [hier](#)
Zum Rahmenbeschluss zur Bekämpfung der Bestechung im privaten Sektor [hier](#)
EU-Strategie der inneren Sicherheit [hier](#)
Eurobarometer: Einstellung der Europäer zu Korruption (en) [hier](#)*





Europäisches Parlament

Verordnung zu „Umweltökonomischen Gesamtrechnungen“ angenommen

Die EU-Abgeordneten haben eine Verordnung zu "Umweltökonomischen Gesamtrechnungen" angenommen, durch die Umweltdaten künftig besser überwacht werden und besser über sie berichtet werden soll. Dies sollte ein erster Schritt hin zu einer Messung der EU-Wirtschaft auf einer breiteren Basis als des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sein.

Verbesserung der Sammlung und Vergleichbarkeit von umweltökonomischen Daten

Ab 2012 wird die Berichterstattung der Mitgliedstaaten über "Umweltökonomische Gesamtrechnungen" an Eurostat (das Statistikamt der EU) Luftemissionen, Materialflüsse und erhobene Umweltsteuern abdecken. Die angenommene Gesetzgebung zielt darauf ab, die Sammlung und Vergleichbarkeit dieser Daten, die bereits von den meisten Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis erhoben werden, zu verbessern. Weitere "Module", zum Beispiel über die Verwendung von Wasser und Waldressourcen, könnten in der Zukunft nach einer entsprechenden Bewertung hinzugefügt werden.

Das BIP und mehr

Die EU-Abgeordneten haben über eine nichtbindende Resolution namens "Das BIP und mehr" abgestimmt. Diese Abstimmung ist eine Antwort auf eine Mitteilung der EU-Kommission gleichen Titels aus dem Jahr 2009. In der Resolution unterstützen die EU-Parlamentarier die Vorschläge der EU-

Kommission in Bezug auf die Ergänzung dieser Wirtschaftsmessung mit sozialen und Umweltindikatoren. Ferner fordern sie konkrete und konsistente Vorschläge für Indikatoren, die von Eurostat überwacht werden können.

*Angenommene Texte [hier](#)
Mitteilung der EU-Kommission „Das BIP und mehr“ [hier](#)
Statistik Austria – umweltökonomische Gesamtrechnung (NAMEA „National Accounting Matrix including Environmental Accounts“) [hier](#)*

In Kürze

Die EU-Abgeordneten haben eine Verordnung zur besseren Überwachung und besseren Berichterstattung von Umweltdaten angenommen. Ab 2012 wird die Berichterstattung Luftemissionen, Materialflüsse und erhobene Umweltsteuern abdecken. Damit soll die EU-Wirtschaft auf einer breiteren Basis als dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemessen und ein verbindliches System für die Erhebung von Umweltdaten geschaffen werden.





Für bessere Wasserqualität: Verbot von Phosphaten in Reinigungsmitteln

Phosphate belasten die Wasserqualität und schädigen Wasserpflanzen und -tiere. Die EU-Kommission will daher Phosphate in Waschmitteln verbieten. Die EU-Abgeordneten des Umweltausschusses stimmten dem zu, wollen aber auch Reinigungsmittel für Spülmaschinen einbeziehen.

Phosphate

Über Jahrzehnte waren Phosphate ein zentraler Bestandteil jedes Reinigungsmittels. Die Salze dienen als Wasserenthärter und verhindern, dass sich im Waschwasser gelöster Schmutz wieder auf der Kleidung absetzt. Gelangen die Phosphate aber ins Wasser, wirken sie wie ein Düngemittel und beschleunigen das Algenwachstum. Sterben die Algen nach einigen Monaten ab, sinken sie zu Boden und verrotten. Dabei entziehen sie dem Wasser Sauerstoff und setzen giftige Gase frei. In der Folge kommt es zu großem Fischsterben, es bilden sich tote Zonen. Besonders betroffen in Europa sind Teile der Donau oder der Ostsee.

Keine einheitliche Regelung

Ein Großteil der Phosphate stammt aus Düngemitteln und Fäkalien. Bereits an dritter Stelle rangieren aber Phosphate aus Spül- und Waschmitteln. Phosphatfreie Alternativen sind im Handel erhältlich, waschen aber nicht immer vergleichbar rein. In einigen EU-Staaten existieren bereits nationale Richtlinien für den Umgang mit Phosphaten in Reinigungsmitteln, die Grenzwerte variieren aber deutlich. Andere Länder setzen nur auf freiwillige Beschränkungen der Spülmittelhersteller. Die EU-Parlamentarier wollen dieses Chaos durch eine europaweite Regelung bereinigen und unterstützen daher den Vorschlag der EU-Kommission, Phosphate in Waschmitteln ab Anfang 2013 zu verbieten. Darüber hinaus fordern sie, Phosphate ab 2015 auch für Geschirrspülmaschinen zu verbieten.

Wirksame Alternativen gesucht

Da es keine wirtschaftlich und technisch vergleichbaren Ersatzstoffe für Maschinenspülmittel gibt, hatte die EU-Kommission hier bisher nur an die Hersteller appelliert, auch phosphatfreie Maschinenspülmittel herzustellen. Der Bericht des Umweltausschusses des EU-Parlaments sieht darin aber die falsche Strategie. Phosphatfreie Spülmittel sind bereits erhältlich und die Hersteller arbeiten ständig an weiteren Innovationen. Die Wahrscheinlichkeit ist also hoch, bis zum Inkrafttreten des Verbots in vier Jahren auf wirksame und phosphatfreie Spülmittel umzusteigen.

*Zum Bericht der EU-Kommission über die Verwendung von Phosphaten [hier](#)
Zum Vorschlag der EU-Kommission [hier](#)
Zum Umweltausschuss des EU-Parlaments [hier](#)*



In Kürze

Ab dem 01. Januar 2013 soll das Verbot der Verwendung von Phosphaten und die Einschränkung anderen Phosphorverbindungen in Haushaltswaschmitteln gelten. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments fordert die Ausdehnung des Verbots und der Einschränkung auch auf Geschirrspülmittel.



Sonstiges

Erasmus – neue Rekordzahl

Erasmus-Stipendien für Studium oder Praktikum im Ausland erreichten im akademischen Jahr 2009/2010 mit über 213.000 Erasmus-Studierenden eine neue Rekordzahl und eine Steigerung von 7,4 %. Neben den 27 EU-Mitgliedstaaten nehmen Kroatien, Island, Liechtenstein, Norwegen und die Türkei sowie seit 2011 auch die Schweiz am Erasmus-Programm teil. 2009/2010 hat die EU 415 Millionen Euro in das Erasmus-Programm investiert.

Erasmus wird immer beliebter

Über 213.000 Studierende haben im Laufe des akademischen Jahres 2009/10 ein Erasmus-Stipendium für ein Studium oder ein Praktikum im Ausland erhalten – eine neue Rekordzahl und eine Steigerung von 7,4 % gegenüber dem Vorjahr. Erasmus ist das weltweit erfolgreichste

Studentenaustauschprogramm. Falls die derzeitigen Trends anhalten, wird die EU ihr Ziel erreichen, seit dem Beginn des Programms im Jahr 1987 bis 2012/13 3

hat die EU 415 Mio. € in das Erasmus-Programm investiert.

Erasmus Bilanz 2009/10

Von der Gesamtzahl der Studierenden, die im Jahr 2009/10 durch das Erasmus-Programm unterstützt wurden, verbrachten 178.000 einen Teil ihres Studiengangs im Ausland an einer Universität oder einer sonstigen Hochschuleinrichtung in einem der 32 Erasmus-Teilnahmestaaten (27 EU-Mitgliedstaaten, Kroatien, Island,



EU-Kommissar
Androulla Vassiliouin

„Das Erasmus-Programm ist eine der größten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union. Die aktuellen Zahlen sprechen für sich: Erasmus genießt mehr Beliebtheit als je zuvor und ich werde für die Verfügbarkeit von mehr Mitteln für dieses Programm eintreten. Ein Studium oder ein Praktikum im Ausland öffnet Türen zur persönlichen Entfaltung und zu Beschäftigungsmöglichkeiten. So handeln wir richtig, wenn wir unsere Jugend fördern“, sagt Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend.

Millionen europäische Studierende finanziell zu unterstützen.

Begehrteste Zielländer

Die drei beliebtesten Zielländer für Studierende in 2009/10 waren Spanien, Frankreich und das Vereinigte Königreich. Spanien schickte die meisten Studierenden ins Ausland, gefolgt von Frankreich und Deutschland. Im betreffenden Jahr waren 61 % der Erasmus-Studierenden Frauen. 2009/10

Liechtenstein, Norwegen und die Türkei. Die Schweiz schloss sich dieses Jahr als 33. Land dem Erasmus-Programm an). Die Zahl der Studierenden, die sich für diese Studienoption entscheiden, stieg im Vergleich zu 2008/09 um 5,7 %. Die Universität Innsbruck entsandte im akademischen Jahr 2008/2009 308 Erasmus-StudentInnen, im akademischen Jahr 2009/2010 332 Erasmus-StudentInnen und lag damit österreichweit an dritter Stelle der Hochschulen, die Erasmus-Studierende entsenden.

Zur Info

Lernmobilität gehört zu den Schlüsselzielen der Strategie Europa 2020 für Wachstum und Beschäftigung und steht im Mittelpunkt der Initiative der Kommission „Jugend in Bewegung“, die auf dem Erfolg von Erasmus aufbaut. Ein Studium oder Praktikum im Ausland hilft jungen Menschen, Fähigkeiten zu entwickeln, die Arbeitgeber zu schätzen wissen – von Fremdsprachen über ein größeres Bewusstsein für Interkulturalität bis hin zu Führungseigenschaften und Anpassungsfähigkeit. Erasmus-Studierende arbeiten mit größerer Wahrscheinlichkeit im späteren Leben im Ausland. Im vergangenen Monat haben EU-Bildungsminister einen gemeinsamen Plan aufgestellt, um Hindernisse für Lernmobilität aus dem Weg zu räumen und diese durch zusätzliche Finanzierungs- und Curriculumreformen zu stärken.



Praktika in ausländischen Unternehmen werden seit 2007 durch das Erasmus-Programm unterstützt und gewinnen immer mehr an Beliebtheit. 2009/10 entschieden sich 35.000 Studierende (also jeder sechste) für diese Möglichkeit. Dies entspricht einer Steigung von 17,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Nachfrage für Erasmus übersteigt die Verfügbarkeit der Erasmus-Stipendien

Der Rückgang des durchschnittlichen Erasmus-Studienstipendiums um ungefähr 7 % auf 254 € pro Monat ist auf die wachsende Zahl von Studierenden zurückzuführen, die durch dieses Programm Unterstützung erhalten. In den meisten Teilnehmerstaaten übersteigt die Nachfrage die Verfügbarkeit von Erasmus-Stipendien. Eine Studie, die 2010 für das EU-Parlament durchgeführt wurde, hat ergeben, dass lediglich 24 % der nicht an Erasmus teilnehmenden Studierenden angegeben haben, nicht an einem [Studienprogramm](#) im Ausland interessiert zu sein.

Darüber hinaus wurden auch 38.000 Stipendien an Hochschulpersonal und

Lehrer zur Förderung einer Lehrtätigkeit oder Fortbildung im Ausland vergeben – 4 % mehr als im Vorjahr.

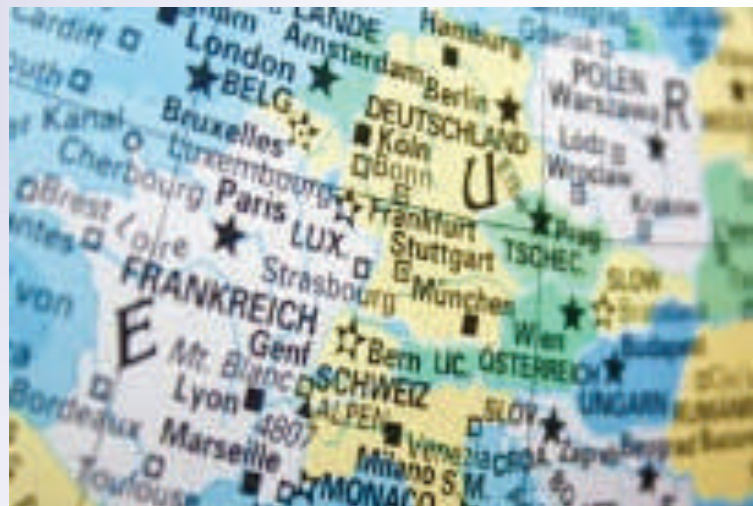
Bericht „Verbesserung der Teilnahme am Erasmusprogramm“ [hier](#)

EU-Kommission für Bildung, Erasmus Statistiken [hier](#)

Universität Innsbruck als Gastinstitution: 200 Studenten im akademischen Jahr 2008 - 2009 [hier](#)

Die Universität Innsbruck entsandte im Studienjahr 2008 – 2009 308 Erasmus-StudentInnen [hier](#)

Im Jahr 2009 – 2010 entsandte die Universität Innsbruck 332 Erasmus-StudentInnen (Seite 6) [hier](#)



erasmus



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäische Parlament

Die nächste Plenarsitzung findet am **22. Juni 2011 in Brüssel** statt.

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung in **Straßburg** finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu
Homepage: www.alpeuregio.info/

Redaktion und Bearbeitung:
Dr. Florian Mast, Mag. Marion Schaber

Abbildungsverzeichnis

http://www.trading-house.net/bilder/kristalina-georgieva-eu-kommissarin-fuer-internationale-zusammenarbeit-und-humanitaere-hilfe-kristalina-georgieva-632072_400_0.jpg
http://europa.eu/news/external-relations/images/default/external_assistance_and_humanitarian_aid4.jpg
http://europa.eu/lisbon_treaty/images/pictures/questionanswer_1.jpg
http://anja-weisgerber.de/uploads/pics/Umweltfreundliche-Autos_bearbeitet.jpg
<http://europa.eu/news/economy/images/default/competition3.jpg>
http://www.welt.de/multimedia/archive/00842/Antonio_Tajani_DW_V_842898p.jpg
<http://www.umweltbundesamt.at/typo3temp/pics/4b1c3a3796.jpg>
http://www.academics.de/image-upload/eu_kommissar_wissenschaft_potocnik_0_standard.jpg
http://www.strahlung-gratis.de/Grenzwerte_sollten/Jacqueline%20McGlade%20220_small.ashx
http://www.noows.de/gallery/einzelbilder/leben/familie/Badesee_dapd_PatrickSinkel.jpg
<http://www.pcwelt.de/images/04/1/8/3/0/8/2/c2fe9eede5291231.jpeg>
<http://de.altermedia.info/images/Korruption.jpg>
<http://klima-und-umwelt.birdfish.de/wp-content/uploads/2010/05/schornstein-wald.jpg>
http://www.europarl.europa.eu/eplive/expert/photo/20110616PHT21528/th_pict_20110616PHT21528.jpg
<http://www.op-online.de/bilder/2009/10/27/503852/1939629900-gesundheitskommissarin-androulla-vassiliou.9.jpg>
<http://gida.muhsak.akdeniz.edu.tr/dinamik/31/20.jpg>
<http://www.hobsons.ch/de/karriere/international/europa/bilder/erasmus-203.jpg>